

MIT EINER ZUKUNFTSORIENTIERTEN ENERGIEPOLITIK SICHER DURCH DIE KRISE

EIN BEITRAG VON PROF. DR. INES ZENKE UND PROF. DR. BARBARA PRAETORIUS

Berlin, 7. Mai 2020 – Noch vor wenigen Wochen bestimmte der Klimawandel den öffentlichen Diskurs. Covid-19 führte innerhalb kürzester Zeit zu einem radikalen Wandel: Weltweit ist die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Debatte von der Pandemie geleitet. Das neuartige Coronavirus greift tief in den Alltag und das Wirtschaftsleben ein. Alle Anstrengungen konzentrieren sich derzeit auf die Bewältigung der Pandemie. Durch die Schwere der Krise wird an ihrem Ende ein wirtschaftlicher Wiederaufbau stehen müssen – und damit auch eine Chance zur Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsform, die zugleich eine stabilere Basis für künftige Krisen bilden kann. In einer im April 2020 veröffentlichten Erklärung sprachen sich 180 Minister (unter anderem Bundesumweltministerin Svenja Schulze), EU-Abgeordnete, Vorstandsvorsitzende, Gewerkschaften, Nicht-Regierungsorganisationen und Experten dafür aus, die Zeit nach der Corona-Krise für einen Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu nutzen. Deutlich zeigt sich ein politischer und wirtschaftlicher Wille, eine klimaneutrale und wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft zu gestalten. Die künftige Energieversorgung ist dabei der wichtigste Faktor.

Fakt ist aber: Bereits vor Corona haben sich zahlreiche energiepolitische Kernvorhaben deutlich verzögert. Die derzeitige Krise verschärft die Situation weiter. Doch ein Innehalten kann hier nicht das Gebot der Stunde sein. Durch kluge energiepolitische Weichenstellungen schaffen wir bereits während der Krise die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Zukunft. Wir schaffen Investitionssicherheit und eine verlässliche, bezahlbare Energieversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger und die gesamte Wirtschaft. Gerade in Krisenzeiten ist Planungssicherheit ein hohes Gut und die derzeitigen existenziellen Ängste sollten nicht um Sorgen um die Energieversorgung ergänzt werden. Ausgehend vom Dialog im Fachforum Energie und Klima des Wirtschaftsforums der SPD e.V. plädieren Prof. Dr. Ines Zenke, Vizepräsidentin des Verbandes sowie Honorarprofessorin für das Lehrgebiet ‚Infrastrukturecht- und -management‘ an der HNEE, Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, und Prof. Dr. Barbara Praetorius, Professorin für Umwelt- und Energieökonomie und -politik an der HTW Berlin, für einen energiepolitischen Masterplan und die zeitnahe Umsetzung grundlegender Vorhaben. Drei Felder sind dabei von besonderer Bedeutung und müssen energiepolitisch mit höchster Priorität behandelt werden:

WIRTSCHAFTSFORUM DER SPD E.V.
DOROTHEENSTRASSE 35
10117 BERLIN

T +49 30 400 40 660
F +49 30 400 40 666
MAIL@SPD-WIRTSCHAFTSFORUM.DE

SPD-WIRTSCHAFTSFORUM.DE

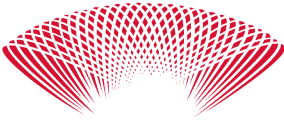
PRÄSIDIUM:
DR. MICHAEL FRENZEL, PRÄSIDENT
HEIKO KRETSCHMER, SCHATZMEISTER
PROF. DR. SUSANNE KNORRE, VIZEPRÄSIDENTIN
MATTHIAS MACHNIG, VIZEPRÄSIDENT
PROF. DR. INES ZENKE, VIZEPRÄSIDENTIN

GESCHÄFTSFÜHRER:
DR. FRANK WILHELMY

REGISTERGERICHT:
AMTSGERICHT CHARLOTTENBURG / VR 33920

UST-IDNR.: DE 298512965
STEUERNUMMER: 27/620/62175
FA FÜR KÖRPERSCHAFTEN BERLIN

WEBERBANK AG BERLIN
IBAN: DE81 1012 0100 1004 0066 66
BIC: WELADED1WBB



1. Effizienz – Für eine deutsche Sustainable-Finance-Strategie und klimapolitische Steuerreform

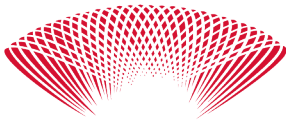
Der wichtigste Hebel zur Erreichung der energiewirtschaftlichen Ziele ist die effiziente Nutzung von Energie. Denn je weniger Energie industrielle Prozesse, Gebäude, der Verkehr und die Menschen im Alltag verbrauchen, desto weniger Energie muss produziert oder importiert werden. Je weniger Strom benötigt wird, desto leichter wird es zudem, den Anteil aus erneuerbaren Quellen zu erhöhen. Gerade bei der anstehenden stärkeren Elektrifizierung der angrenzenden Sektoren Wärme und Verkehr ist Effizienz ein entscheidender Faktor, um klimaschützende Wirkung zu entfalten.

Die Entwicklung hin zu effizienterem Verbrauch und effizienteren Prozessen ist ein Transformationsprozess, der Flexibilität, Anstrengungen und Investitionen verlangt. Das gilt sowohl bei den privaten Haushalten als auch in der Wirtschaft. Die entscheidende Frage ist die Finanzierung dieser Transformation. Unter dem Schlagwort Sustainable Finance soll der Finanzsektor selbst zum entscheidenden Hebel im Kampf gegen den Klimawandel werden. Klar ist: ein verändertes Investitionsverhalten der Kapitalgeber fordert und fördert ein Umdenken der gesamten Wirtschaft.

Der Sustainable Finance-Beirat der Bundesregierung hat am 5. März 2020 seinen Zwischenbericht „Die Bedeutung einer nachhaltigen Finanzwirtschaft für die große Transformation“ vorgelegt. Darin enthalten sind erste konkrete Handlungsansätze für eine deutsche Sustainable Finance-Strategie. Nach der Veröffentlichung des Zwischenberichts begann eine vierwöchige Onlinekonsultation zu den Inhalten dieses Papiers, danach sollten die Rückmeldungen konsolidiert und in den weiteren Entwicklungsprozess der Sustainable Finance-Strategie einbezogen werden.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde die Konsultation um vier Wochen bis zum 3. Mai 2020 verlängert. Die Fristverlängerung ist begrüßenswert, sollte jedoch nicht den Grundstein legen für eine Verzögerung des für September geplanten Abschlussberichtes. Mit der Strategie der Bundesregierung soll Deutschland zu einem führenden Sustainable-Finance-Standort ausgebaut werden. Sustainable Finance leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Vor dem Hintergrund der aktuellen Krise ist dies wichtiger denn je. Sie bringt Bewegung in die Finanzmärkte und führt zu Investitionsverschiebungen. Es müssen jetzt Anreize gesetzt werden, damit die für die Stabilisierung und Wiederaufbau der Wirtschaft bereitgestellten Finanzmittel auch zukunftsorientiert eingesetzt werden.

Perspektivisch benötigen wir zudem eine sozial und wirtschaftsverträglich ausbalancierte klimapolitische Steuerreform. Diese müsste drei Aufgaben erfüllen. Erstens sollte sie Anreize für Investitionen in klimaschonende Technologien geben. Zweitens sollte eine klimapolitische Steuerreform das Einsparen von CO₂-Emissionen belohnen, indem die staatliche



Abgabenkomponente auf den Energieverbrauch (also die heutige Energie-/Stromsteuer) an dem Carbon-Fußabdruck der jeweiligen bezogenen Energie orientiert ist. Drittens muss die klimapolitische Steuerreform immer auch dafür sorgen, dass der Verbrauch von Energie insgesamt minimal ist, indem Anreize für energieeffizientes Verhalten gesetzt werden.

2. Erneuerbare Energien – Pauschale Abstandsregelung bei Windenergie abschaffen und Photovoltaik-Deckelung aufheben

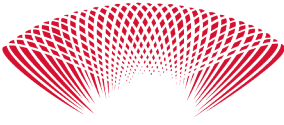
Der Energieverbrauch, der nicht im Sinne des ersten Hebels Effizienz vermieden werden kann, muss möglichst aus erneuerbaren Quellen stammen. Deshalb müssen jetzt die Weichen für einen ausreichenden Zubau von Anlagen gestellt werden. Hierbei ist entscheidend, dass realistische Verbrauchsprognosen zu Grunde gelegt werden. Wenn die anderen Sektoren stärker elektrifiziert werden und aus erneuerbarem Strom zudem – soweit es sinnvoll/effizient/bezahlbar ist – Wasserstoff oder synthetisiertes Methan zur Nutzung in der Industrie, im Wärme- und Verkehrssektor gewonnen werden sollen, dann wird der Stromverbrauch und damit der Bedarf an Stromerzeugung insgesamt wahrscheinlich nicht sinken.¹

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist wirtschaftlich geboten und als politisches Ziel ausgegeben. Doch in der Praxis bleiben die Fronten verhärtet und die Potentiale ungenutzt. Wenn wir unsere Wirtschaft nach der Corona-Pandemie klimaneutral stärken möchten, dann gilt es jetzt die Voraussetzungen für einen signifikanten Ausbau der Erneuerbaren Energien zu schaffen. Das heißt konkret: Der seit Monaten offen ausgetragene Koalitionsstreit und die Blockadehaltung der Union bei der Abstandsregelung für Windenergie und der Photovoltaik-Deckelung sind nicht mehr hinnehmbar. Die Beseitigung des 52-Gigawatt-Deckels für die Photovoltaik aus dem EEG muss umgehend erfolgen.

Ebenso bedarf es dringend eines sinnvollen Mieterstromgesetzes, das auf Förderung, einen Quartiersansatz und Entbürokratisierung setzt. Das Bundeswirtschaftsministerium ist hier gefordert, aktiv zu werden und damit eigene Versprechungen einzuhalten.

Gleiches gilt für die Windenergie. Bei allen wohlverstandenen Interessen von Anrainern – es müssen genügend geeignete Flächen in Deutschland für den Bau von Windenergieanlagen verbleiben: Es dürften keine abschnürenden Abstandsregelungen festgelegt werden und der Ausbau der Windenergie in Deutschland zum Erliegen gebracht werden. Aber das Wirtschaftsministerium schafft es nicht, konstruktive und konsensfähige Vorschläge zu machen. Das Gezerre zwischen Opt-in- und Opt-out-Regelungsentwürfen zeigt, dass der Streit keine rationale Basis mehr hat.

¹ Der Wasserstoff kann auch importiert werden, solange der Transport keinen relevanten CO₂-Fussabtritt hinterlässt.



Nun ist die Bund-Länder-AG gefordert, die Debatte auf den Pfad der Vernunft zurückzubringen. Doch mit Verweis auf die Corona-Pandemie ist die Schlichtung des Streites vollständig zum Erliegen gekommen: Einen Monat nach ihrer Ankündigung ist die Bund-Länder-AG noch gar nicht eingesetzt. Laut Bundesregierung werde man das weitere energiepolitische Vorgehen „schnellstmöglich mit den Ländern und den Regierungsfractionen klären“. Ob hier tatsächlich Covid-19 oder vielmehr fehlender politischer Wille ursächlich ist, bleibt offen. Die Corona-Pandemie darf in jedem Fall nicht der Grund sein, dass die Energiewende stillsteht. Denn wir brauchen mehr denn je eine verlässliche und zukunftsorientierte Energieversorgung, um die wirtschaftlichen Folgen der Krise abzufedern und um den Einbruch der deutschen Erneuerbaren-Energien-Branche gerade noch zu verhindern.

3. Sichere und klimafreundliche Energieversorgung – Wasserstoffstrategie zeitnah verabschieden

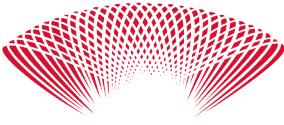
Egal welcher Energieträger oder welcher Strommix betroffen ist: Energie ist eine Grundlage des täglichen Bedarfs, und die Versorgungssicherheit ein hohes Gut. Sie muss jederzeit zuverlässig gesichert sein. Das bedeutet, dass zu jedem Zeitpunkt genügend Energie zur Verfügung steht.

Für die Zeit der Transformation muss also der globale Zugriff auf Energieträger, insbesondere Erdgas und verflüssigtes Erdgas („LNG“), gewährleistet sein. Das bedingt eine ausreichende Diversifikation der Quellen.

In Bezug auf Strom bedeutet dies, dass ausreichend Erzeugungsressourcen bereitstehen, um auch in Zeiten ohne Wind und Sonneneinstrahlung („Dunkelflaute“) den (vermutlich steigenden) Stromverbrauch zu decken. Hier kommt es darauf an, die wenigen Stunden im Jahr, in denen dies der Fall ist, möglichst kostengünstig zu decken.

Wasserstoff gilt vielen als wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer sicheren und klimaneutralen Energieversorgung, auch der Industrie. Auch wenn angesichts der Euphorie insbesondere mit Blick auf die Finanzierbarkeit durchaus Skepsis geboten ist, steht außer Frage, dass Deutschland schnell eine nationale Wasserstoffstrategie benötigt mit dem Ziel einen Markt für klimaneutralen Wasserstoff zu etablieren.

Es ist offenkundig, dass die zu beobachtende Verzögerung nicht allein eine Folge der Corona-Pandemie ist, sondern auch durch die ungeklärten Streitpunkte zwischen den beteiligten Ministerien bedingt wurde. Brauchen wir verbindliche Quoten und Förderprogramme? Setzen wir auf grünen oder auch auf blauen Wasserstoff? Wo werden synthetische Kraftstoffe zum Einsatz kommen? Welche Rolle spielt der Import von Wasserstoff aus anderen Ländern?



Während die Unternehmen vorangehen und an konkreten Projekten arbeiten, bleiben politische Fragen ungeklärt. Dies schafft Unsicherheit statt der dringend benötigten Planbarkeit und Investitionssicherheit.

Ganz wesentlich gilt es dafür zu sorgen, dass die Verteilungsinfrastruktur, in diesem Falle vor allem die leitungsgebundene, zuverlässig bereitsteht. Während bei den Gasnetzen die Frage zu beantworten sein wird, wieviel Wasserstoff sie sicher transportieren/speichern können, werden es bei den Stromnetzen vor allem die gewachsenen Anforderungen der dezentralen und volatilen Einspeisung sein. Zwar müssen hier immer wieder die heute offenen Fragen der Wirtschaftlichkeit und der Wirkungsgrade (energetische Effizienz) geklärt werden. In jedem Fall aber wird Wasserstoff in der Energiewende überall dort eine relevante Rolle spielen, wo andere Energieformen aus technischen Gründen nur schwer zum Einsatz kommen können.

Das bedeutet zugleich, dass die Infrastruktur zukunfts- und anschlussfähig geplant werden muss, also z. B. Aspekte der Systemintegration vorsehen muss und Gasleitungen „H₂-ready“ sein sollen. Gemeinsame Netzpläne der Strom- und Gasnetzbetreiber sind ein guter Anfang, aber durch die Gestaltung der Entgelte, Umlagen und Abgaben müssen Hindernisse für eine Transformation der Energie in den Sektor, wo sie gerade am stärksten benötigt wird, abgebaut werden. Das gilt auch für die Entwicklung der Wasserstoff-Infrastruktur von Elektrolyseuren bis zu dezidierten (lokalen) Wasserstoffnetzen. Wenn die Forschung ermittelt, dass es die klimaeffizienteste Variante ist, den Schwerlastverkehr auf Wasserstoff umzustellen, dann muss der Pfad vom Windrad zum Elektrolyseur bis zur Tankstelle als Teil eines Systems gesehen werden, für das ein einheitliches Systementgelt zu zahlen wäre.